

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Öffentliche Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen**

Aufgrund der gemeinsamen Bundesratsinitiative der Länder Bremen, Berlin, Brandenburg, Hamburg und Thüringen wird derzeit auf Bundesebene eine rechtspolitisch kontrovers geführte Debatte zur Abschaffung des § 219a des Strafgesetzbuches (StGB) geführt. § 219a verbietet es Ärztinnen und Ärzten, öffentlich auf die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen hinzuweisen; es gilt ein sogenanntes Werbeverbot. Dass Werbung für den Abbruch einer Schwangerschaft strafbar ist, diskriminiert Frauen beim Recht auf Informationsfreiheit. Schwangeren muss der Zugang zu sachlich und fachlich (nicht werbende) öffentlichen Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche durch Ärztinnen und Ärzte möglich sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat deswegen bereits am 7. Dezember 2017 beschlossen, dass der Senat auf Bundesebene auf die Abschaffung des § 219a hinwirken solle. Die gemeinsame Bundesratsinitiative ist nun erneut zur weiteren Befassung in den Rechtsausschuss des Bundesrates überwiesen worden. Von einem Schwangerschaftskonflikt betroffene Frauen in Bremen und Bremerhaven brauchen aber unverzüglich schnelle und öffentliche Informationen zu Wegen aus dieser Krise.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Liste aller Ärztinnen und Ärzte in Bremen und Bremerhaven zu erstellen, die legale Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Diese Liste muss dann den Beratungsstellen zur Verfügung gestellt werden, die nach dem Bremischen Schwangeren Beratungsgesetz Hilfe und Beratung anbieten oder vermitteln.
2. Informationen zur Schwangerenkonfliktberatung und zur Schwangerschaftsunterbrechung in einer Weise zu überarbeiten, dass sie schnell verfügbar und leicht verständlich sind, sowie den schnellsten Weg zur hilfreichen Beratung aufweisen.

Sybille Böschen, Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller, Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen